



30. August 2011

Offener Brief an die Unterzeichner des Aufrufs „Dortmund nazifrei!“

Als Gewerkschaft der Polizei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wieder einmal eine politische Auseinandersetzung auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten dieses Landes ausgetragen wird. Das bedauern wir sehr.

Von führenden Vertretern der Initiative „Dortmund nazifrei!“ wird der Polizei eine „einseitige Stellungnahme“ am „Rande des Neutralitätsgebotes“ unterstellt. Zudem wird auf der Homepage der Initiative dafür geworben, Blockadeaktionen durchzuführen. Sehr bewusst wird hier darauf hingewiesen, dass diese zwar „nicht legal, aber legitim“ seien.

Dieses kann von uns nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Die Polizei handelt ausschließlich nach Recht und Gesetz und auf dem Boden der Verfassung dieses Landes. Polizistinnen und Polizisten sind keine Richter. Wenn eine Versammlung oder Demonstration aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verboten werden kann, muss die Polizei diese schützen – ob sie will oder nicht!

Ich als GdP-Landesvorsitzender lehne, ebenso wie meine GdP-Kolleginnen und -Kollegen, mit Entschiedenheit jede Art von faschistischem Gedankengut ab. Wenn aber politisch Verantwortliche einen Aufruf wie den von „Dortmund nazifrei!“ unterzeichnen, sollten sie sich fragen, ob sie denn in der Vergangenheit genug getan haben, um mit rechtsstaatlichen Mitteln diese Neonaziaufmärsche zu verhindern.

Die GdP hat bereits 1994 auf ihrem Bundeskongress in Dresden gefordert, neonazistischen Bestrebungen die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu entziehen. Unsere Initiative stieß auf viel Sympathie und Beifall, aber die Politik hatte nicht den Mut, diesen gemeinsamen Weg mit uns zu gehen. Als Grund dafür wurden rechtsstaatliche Bedenken angegeben.

Wenn jetzt Politiker zu rechtswidrigen Blockaden aufrufen und unsere Kolleginnen und Kollegen das ausbaden müssen, dann haben jetzt wir rechtsstaatliche Bedenken.

Die GdP wird nicht tatenlos zusehen, wie Polizistinnen und Polizisten unterstellt wird, sie schützen Faschisten. Wir sind eine rechtsstaatliche, demokratische Polizei und keine politische Polizei, die man je nach politischer Ausrichtung „missbrauchen“ kann.

Den Unterzeichnern des Aufrufs gestehe ich zu, dass sie mit dazu beitragen möchten, Neonazi-Umtriebe zu verhindern. Leider wird der Aufruf höchstwahrscheinlich aber dazu führen, dass radikale Demonstrationsteilnehmer auf beiden Seiten diesen Aufruf als Freibrief für Randalen und Gewalt nutzen werden.

Ich fordere alle politisch Verantwortlichen auf, besonders in einer solch schwierigen Situation, zu Ihrer Polizei zu stehen und diese zu unterstützen und ihre Arbeit nicht zu erschweren.


Frank Richter
Landesvorsitzender